



Annette Groth

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon 030 227 – 77207  
Fax 030 227 – 76207  
E-Mail: [annette.groth@bundestag.de](mailto:annette.groth@bundestag.de)

# Pressemitteilung

---

07. Oktober 2015

## **Eskalationspolitik sofort beenden!**

Nachdem die für morgen geplanten deutsch-israelischen Regierungskonsultationen aufgrund der „angespannten Sicherheitslage“ durch die israelische Regierung abgesagt und auf voraussichtlich November verschoben wurden, erklärt die menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Annette Groth:

„Die israelische Regierung lässt wissentlich die Situation in Israel/Palästina eskalieren. Israelische Sicherheitskräfte erschossen heute einen Palästinenser, der in einem Bus einen Soldaten angegriffen hatte. Eine Palästinenserin wurde angeschossen, nachdem sie zuvor einen israelischen Mann mit einem Messer verletzt hatte. Die Vorfälle folgen einer Spirale der Gewalt, nachdem am Montag ein 12-jähriger und ein 18-jähriger Palästinenser ihren Schussverletzungen erlagen. Die beiden wurden verdächtigt, jeweils einen israelische Siedler in Jerusalem ermordet beziehungsweise mit einem Messer schwer verletzt zu haben.

Bei den schweren Auseinandersetzungen im Westjordanland und in Jerusalem wurden am Montag mehr als 450 PalästinenserInnen verletzt. Gestern wurde ein 13-jähriger Palästinenser auf seinem Heimweg von der Schule erschossen und nach seiner Beerdigung wurden die Trauergäste gewaltsam von den israelischen Sicherheitskräften angegriffen. Der israelische Premier heizt die ohnehin explosive Stimmung weiter an. Er drohte mit einem „Kampf bis zum Tod“ und verkündet noch repressiver gegen die palästinensische Bevölkerung vorgehen zu wollen. Dass Häuser von „TerroristenInnen“ im Schnellverfahren zerstört und Demonstrierende noch öfter in Administrativhaft genommen werden sollen, ist ein Skandal und ein massiver Verstoß gegen das Völkerrecht sowie gegen alle Menschenrechtskonventionen! Diese Verstöße müssen von der Bundesregierung auf das Schärfste verurteilt werden!

Während sich die Situation in Israel und den besetzten Gebieten dramatisch zuspitzt, liefert die Bundesregierung weiterhin regelmäßig mit Steuergeldern bezahlte Kriegsgeräte nach Israel und behauptet, sich für Frieden in Nahost einzusetzen. Die israelische Regierung schafft durch den Bau von völkerrechtswidrigen Siedlungen und den Erlass rassistischer Gesetze Fakten und lässt die Situation insbesondere durch die gewaltsame Reaktion auf die Proteste der letzten Tage eskalieren. Der UN-Menschenrechtsrat hat Israel zwischen 2006 und 2015 61



Annette Groth

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon 030 227 – 77207  
Fax 030 227 – 76207  
E-Mail: [annette.groth@bundestag.de](mailto:annette.groth@bundestag.de)

# Pressemitteilung

---

Mal wegen seiner völkerrechtswidrigen Politik verurteilt, bisher ohne Konsequenzen. Damit steht das Land an erster Stelle vor Syrien (15 Mal) und Myanmar (12 Mal).

Ich fordere die Bundesregierung auf, sich bei der israelischen Regierung und der palästinensischen Führung entschieden für ein Ende dieser Eskalation einzusetzen. Die israelische Regierung muss die Bombardierungen des Gazastreifens sofort stoppen! Auch die Äußerungen aus dem israelischen Kabinett, in denen von einer zweiten Operation ‚Defensive Shield‘ die Rede ist, müssen scharf kritisiert werden. Mit der genannten Operation hatte das israelische Militär 2002 unter massiver Gewaltanwendung in den besetzten Gebieten auf die zweite Intifada reagiert. Durch diese Rhetorik und die verstärkte Militärpräsenz im Westjordanland wird Öl ins Feuer gegossen und die Bundesregierung macht sich mitschuldig, wenn sie in einer solchen Situation ihren engen Verbündeten nicht massiv kritisiert.“